

**Gegenstand: Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz des Kindeswohls;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.06.2008
Vorlage: 0565/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Antrag wird durch Herrn Feiniler nochmals mündlich begründet. Er weist darauf hin, dass der Inhalt dieses Gesetzes von allen Fraktionen im Landtag mitgetragen wurde. Die SPD-Stadtratsfraktion misst der Angelegenheit sehr hohe Bedeutung zu. Der Antrag zielt darauf ab, nachzufragen, ob die Stadt eine Möglichkeit sieht, dieses Gesetz umzusetzen und wie weit die Planungen hierzu sind.

Herr Bürgermeister Brohm beantwortet den Vorgang wie folgt:

Das Landeskinderschutzgesetz (LKindSchuG) ist am 21.03.2008 in Kraft getreten. Bereits am 12.11.2007 und am 10.03.2008 war die Stadt Speyer bei den Informationsveranstaltungen des Ministeriums (MASGFF) vertreten.

Am 16.01.2008 wurde der Gesetzentwurf in der Arbeitsgemeinschaft aller Speyerer Jugendhilfeträger (nach § 78 SGB) beraten.
Am 11.03.2008 wurde das Gesetz dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Die neuen gesetzlichen Anforderungen an den Kinderschutz bitten wir auch im Zusammenhang mit der Einführung des § 8 a SGB VIII im Spätjahr 2005 zu sehen.

Zu Punkt 1:

Vorhandene Unterstützungsleistungen, Hilfen und Bildungsangebote für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern.

Im Bereich Gesundheitswesen:

- Geburtshilfeabteilung und Kinderklinik der Ev. Diakonissenanstalt Speyer
- Niedergelassene Therapeuten, z.B. Logopäden, Krankengymnasten, Ergotherapeuten
- Sozialpädiatrisches Frühförderzentrum der Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer und des Rhein-Pfalz-Kreises
- Nachsorge durch freiberufliche Hebammen, teilweise mit zertifizierter Qualifikation als Stillberaterinnen
- ärztliche Notfalldienste in der Region
- Kinderhospiz Sterntaler, Dudenhofen

Im Bereich des Bildungswesens:

- Geburtsvorbereitungskurse und Säuglingspflegekurse der Hebammen und der Ev. Diakonissenanstalt
- Elternkurse der Volkshochschule, der kath. und ev. Erwachsenenbildung
- Elternkurse und Arbeitskreise von Initiativgruppen, freien Trägern und Verbänden (siehe Flyer „Wegweiser für Eltern“ des Arbeitskreises Rund ums Kind)

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe:

- Eltern-Kind-Gruppen der Kirchengemeinden
- Eltern-Kind-Gruppen der Initiative Raupe
- Krabbelgruppen der Initiative Raupe
- Familienzentrum KEKS
- Wellcome Projekt des Mehrgenerationenhauses Weißdornweg

- Nachbarschaftshilfe der Ambulanten Hilfe Zentren der ökumenischen Sozialstation, des Pflegedienstes Lutz und des Seniorenbüros
- Projekt SOPHi des VFBB
- Plätze bei Tagesmüttern, vermittelt durch den Kinderschutzbund in Kooperation mit der städt. Abt. Kindertagesstätten und Kindertagespflege
- Kindergartenplätze in Krippengruppen
- Elternbriefe, ausgegeben vom Fachbereich Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Finanzielle Unterstützungsleistungen (Auswahl)

- Kindergeld, -zuschlag
- Elterngeld
- Unterhaltsvorschuss
- Transferleistungen wie Wohngeld, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld

Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahme

Bei Überforderung, Hilflosigkeit, fehlender Unterstützung durch die Familie, Suchtabhängigkeit, Gewalt im familiären Umfeld, bietet der Soziale Dienst Hilfen zur Erziehung an.

Bei mangelnder Einsichtsfähigkeit

schützen wir betroffene Kinder durch Inobhutnahme oder den Antrag auf Sorgerechtsentscheidungen beim Gericht.

Zu Punkt 2:

Darstellung, welche Institutionen, Einrichtungen, Verbände und Personen an dem lokalen Netzwerk nach dem neuen Kinderschutzesetz wie mitwirken

Das Landeskinderschutzesetz ist am 21.03.2008 in Kraft getreten.

Es verpflichtet die Gesundheitsämter und die Jugendämter zum Aufbau dieser Netzwerke.

In Speyer ist der Aufbau dieses lokalen Netzwerkes Kinderschutz in der 2. Jahreshälfte 2008 von der Verwaltung geplant, erste Schritte sind eingeleitet:

- Planung des Aufbaus und der Organisation dieses Netzwerkes mit der Arbeitsgemeinschaft aller Jugendhilfeträger aus Speyer (AG nach § 78) am 16.01.2008 und am 06.08.2008
- Partizipation an dem Bundesmodellprojekt des Ausbaus früher Hilfen am Standort Ludwigshafen im Rahmen einer Begleitgruppe der regionalen Jugendämter
- regionale Vorplanung der Kinderschutznetzwerke der Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer zusammen mit dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt des Rhein-Pfalz-Kreises (3 Treffen in 2007/2008)

Welche Institutionen sollen nach dem Willen des Gesetzgebers zur Mitwirkung motiviert werden, wer ist insbesondere zu beteiligen?

- Einrichtungen und Dienste der freien Jugendhilfe
- Kindertagesstätten
- soziale Beratungsstellen
- Kinder und Jugendheime
- Träger von ambulanten und teilstationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung
- Gesundheitsamt
- Sozialamt
- Schulen
- Polizei
- Ordnungsbehörde
- Agentur für Arbeit
- Krankenhäuser

- Sozialpädiatrisches Zentrum (SPFZ Ludwigshafen)
- Beratungsstellen
- Einrichtungen und Dienste zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen
- Familienbildungseinrichtungen
- Familiengericht
- Angehörige der Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe
- weitere geeignete Personen, Behörden und sonstige Organisationen
- soweit erforderlich auch Personen und Stellen außerhalb des Stadtbezirks von Speyer

Zu Punkt 3:

Ausbau der bereits vorhandenen Netzwerkarbeit im Bereich Kinderschutz

Im Bereich der Jugendarbeit und Jugendhilfe gibt es bereits eine Vielzahl von Netzwerken, auf die das neue gesetzlich geforderte Kinderschutznetzwerk aufbauen kann.

Zum Beispiel:

- regionale Arbeitsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung
- regionale Arbeitsgemeinschaft Trennungs- und Scheidungsberatung
- regionale Arbeitsgemeinschaft Kinderschutz
- regionale Arbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit
- regionale Arbeitsgemeinschaft Kindertagespflege
- lokaler Arbeitskreis Jugendszene
- lokales Jugendnetzwerk Speyer-Nord
- lokales Jugendnetzwerk Speyer-West
- lokale Arbeitsgemeinschaft Gewalt an Frauen und Mädchen
- lokaler Arbeitskreis aller Kindertagesstättenleitungen
- lokale Arbeitsgemeinschaft aller Jugendhilfeträger
- lokales Bündnis für Familie
- lokaler Arbeitskreis Rund ums Kind
- lokaler Arbeitskreis Kinderärzte und Kindertagesstätten

Aufgabe der Verwaltung wird es sein, das neue Netzwerk Kinderschutz mit den bestehenden Netzwerken und Arbeitskreisen zu verbinden.

Zu Punkt 4:

Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem zuständigen Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt des Rhein-Pfalz-Kreises ist für die Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer und für den Landkreis zuständig.

Alle 4 Jugendamtsleitungen haben sich seit Herbst 2007 dreimal mit dem Leiter des Gesundheitsamtes getroffen um über die Umsetzung der gesetzlichen Aufträge nach dem Kinderschutzgesetz zu beraten.

Das Gesundheitsamt wird in Fällen, in denen keine Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt wurden oder sich dies nicht feststellen lässt, dem Jugendamt die benötigten Daten der Betroffenen sowie die fehlende Früherkennungsuntersuchung mitteilen. Ergeben sich Anhaltspunkte über die Vernachlässigung, den Missbrauch oder die Misshandlung eines Kindes, so wird das Gesundheitsamt die gewonnen Erkenntnisse unverzüglich dem Jugendamt mitteilen.

Zu Punkt 5:

Erläuterung der Maßnahmen des Gesundheitsamtes wie bei Eltern für die erforderliche Wahrnehmung der Vorsorgeuntersuchungen geworben wird

Mit Schreiben vom 17.06.2008 hat die Verwaltung Herrn Landrat Schröter um Darstellung der Wahrnehmung der Aufgaben durch das Gesundheitsamt des Rhein-Pfalz-Kreises gebeten.

Herr Landrat Schröter informiert wie folgt:

„Wie bei Eltern für die erforderliche Wahrnehmung der Vorsorgeuntersuchungen geworben wird, muss dem Einzelfall überlassen bleiben. Es ist jedoch eindeutig, dass dies grundsätzlich nur durch persönliche Gespräche im Rahmen eines Hausbesuchs erfolgen kann. Die hierfür zuständigen Mitarbeiter des Gesundheitsamtes werden von unseren Ärzten in der Schularztstelle dahingehend geschult, dass sie den Eltern den Sinn und den Zweck einer Vorsorgeuntersuchung erläutern und zum Wohle des Kindes darauf hinwirken können, dass diese auch durchgeführt wird. Im Bedarfsfalle erfolgt ein Beratungsangebot durch speziell geschulte Ärztinnen des jugendärztlichen Dienstes.

Um diese Aufgaben sorgfältig bewältigen zu können, wurden im Gesundheitsamt 1,5 neue Stellen geschaffen. Davon werden 0,5 Personaleinheiten auf einen Arzt/eine Ärztin entfallen, der/die den vorgenannten jugendärztlichen Dienst verstärken wird.

Damit das Landeskinderschutzgesetz auch fachlich gut umgesetzt werden kann, werden wir die verantwortlichen Mitarbeiter/innen zeitnah qualifizieren.“

Zu Punkt 6:

Einsatz der finanziellen Mittel, die das Land zum Aufbau der lokalen Netzwerke der Verwaltung zur Verfügung stellt

Landesförderung

Das Land fördert den Aufbau der lokalen Kinderschutzarbeit mit 7,- €/Jahr je Kind im Alter bis 6 Jahre.

Die Stadt Speyer erwartet eine Landesförderung in Höhe von ca.	17.000,- €
Die anteilige Förderung für das Jahr 2008 beträgt	14.500,- €

Aufwendungen der Stadt Speyer

½ Stelle für eine Fachkraft

Netzwerkarbeit Kindeswohl und Kindesgesundheit	~	25.000,- €
--	---	------------

Projekt- und Sachkosten	~	5.000,- €
-------------------------	---	-----------

Summe der Aufwendungen	~	30.000,- €
------------------------	---	------------

Zu erwartender Zuschussbedarf / jährl.	13.000,- €
---	-------------------

Eine schriftliche Zusendung der Beantwortung wird zugesagt.
Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Sachstandbericht über die Schulstrukturentwicklung; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.06.2008
Vorlage: 0566/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Bürgermeister Brohm erläutert, dass dieser Punkt durch die Beratungen in der letzten Stadtratssitzung zu diesem Thema an sich überholt ist. Er informiert darüber, dass der Auftrag für die Erstellung des Schulentwicklungsplanes zwischenzeitlich vergeben wurde. Er liegt voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar 2009 vor. Es wird auch eine informelle Umfrage unter den Drittklässlern hinsichtlich der Gründung einer IGS erforderlich. Im Schulträgerausschuss wird darüber berichtet werden.

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Gegenstand: Sportplatz des Doppelgymnasiums; Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.06.2008
Vorlage: 0567/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Der Verwaltung liegen keine Informationen vor, dass Glassplitter gefunden wurden. Bisher war von Metallspänen, Steinen und Klinkerstücken im Durchmesser von etwa 3-4 cm die Rede.

Den ersten Fund gab es 2007 nach den Sommerferien. Hierbei wurde zunächst von einem Zufallsfund ausgegangen und die Fläche oberflächlich abgesucht. Dabei wurden einige weitere Steine in der vorgenannten Größe gefunden und aussortiert. Ende November 2007 wurde durch einen Sportlehrer mitgeteilt, dass ein weiteres Metallteil gefunden worden ist.

2. Ende Januar/Anfang Februar 2008 wurde die Platzoberfläche von der beauftragten Sportplatzbaufirma im Rahmen der Gewährleistung maschinell bearbeitet, um einige größere Rindenbestandteile zu zerkleinern. Dabei wurde dem Bauherrn kein Fund von Fremdkörpern gemeldet.

Am Freitag, 25.04.2008, erhielt der Unterzeichner eine erneute Mitteilung über einen weiteren Metallfund. Am 28.04. wurde die Firma zu einer eingehenden Durchsichtung des gesamten Belages aufgefordert mit der Androhung eines Austausches des gesamten Ricoten-Belages. Darauf hin wurde dann am 26. und 27.05.2008 der Platz mit einem Metalldetektor abgesucht und dabei verschiedene Metallelemente bis zu Drahtstärke ausgelesen.

Im Anschluss daran wurde am 29.05.2008 eine Probe des Sportbelages zur chemischen Analyse in ein Speyerer Labor gegeben. Hierbei wurden Schadstoffe wie Schwermetalle und organische Halogenverbindungen überprüft, die festgestellten Werte lagen dabei generell unter den Festlegungen für natürliche Böden (Z Null).

3. Der Sportplatz wird regelmäßig gepflegt. Die Problematik der Fremdstoffe lag im Belagsmaterial begründet.
4. Bei dem Mini-Bolzplatz der Siedlungsgrundschule wurde nicht dieses Material verwendet, sondern ausschließlich Waldhackschnitzel.
5. Für die Wartung des Bodenbelages bedarf es bei großer Trockenheit einer zusätzlichen Bewässerung. Diese Bewässerung wird seit Mai 2008 kontinuierlich vorgenommen.

Eine schriftliche Zusendung der Beantwortung wird zugesagt.
Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Gegenstand: Klimaschutz- und Energieleitlinie für die Stadt Speyer; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 18.07.2008
Vorlage: 0573/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Jung führt in der mündlichen Begründung aus, dass er eine solche Initiative als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben betrachtet. Speyer hat die Chance, zu den ersten Kommunen zu gehören, die eine solche Leitlinie erarbeiten. Dies auch unter dem Eindruck ständig steigender Energiekosten. Ziel soll es sein, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weitgehend zu reduzieren. Hier besteht nach Ansicht der CDU eine Chance für die kleinen Versorger vor Ort, sich zu positionieren, im Gegensatz zu den großen Energiekonzernen. Eine Vernetzung der bereits bestehenden Aktionen soll ein erster Schritt für ein solches Programm sein. Die Stadtwerke sollten ein externes Büro mit der Ausarbeitung des Programmes beauftragen. Den Kommunen steht derzeit noch eine hohe staatliche Förderung zur Verfügung. Allerdings wird die Nachfrage nach diesen Fördermitteln in absehbarer Zeit stark steigen. Eine Zusammenfassung dezentraler Wärmequellen zu einem virtuellen Kraftwerk kann dabei ebenso geprüft werden wie die Nutzung von Fernwärme z.B. aus dem GKM Mannheim. Dies muss aber wirtschaftlich darstellbar sein. Die Geothermie ist in diesem Zusammenhang durch die CDU durchaus erwünscht. Die Nachbarkommunen sollten in diese Aktivitäten eingebunden werden - eine regionale Energieplanung wäre toll.

Der Antrag der CDU stellt einen Beitrag der Stadt Speyer zum nationalen Energieziel dar.

Herr Batzer erklärt, dass das Konzept aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oberflächlich betrachtet begrüßenswert ist, allerdings zeigt eine genaue Betrachtung, dass nicht viel Neues darin steht. Wer an den Sitzungen des Aufsichtsrates der SWS teilnimmt, weiß, dass Vieles davon bereits auf den Weg gebracht wurde. Er nennt in diesem Zusammenhang z.B. die Themen Wärmeinseln, Blockheizkraftwerke, Fotovoltaikanlagen und Energieberatung.

Besonders interessant ist, dass die CDU den Begriff "Windkraftanlage" verwendet. Die von Bündnis 90/Die Grünen beantragten Fördermaßnahmen für den Kauf energiesparender Geräte wurden vor einem Jahr von der Ratsmehrheit noch abgelehnt. Ein Geschäft mit der MVV (Abwärme Industrie- und Kraftwerksanlagen) ist mit den Grünen allerdings nicht zu machen. Ihn erinnert das Konzept an grünen Tee, der mit jedem Aufguss fader wird. Vielleicht handelt es sich bei dem Antrag um eine Kompensation der CDU für den Ausbau des Flugplatzes, wo die Ökologie mit Füßen getreten wird.

Herr Frank Ableiter erinnert daran, dass z.B. die Anschaffung energiesparender LED-Lichtzeichen-Anlagen früher von der CDU-Fraktion ausgebremst wurde. Ebenso wurde von den Mehrheitsfraktionen der Antrag der BGS zur Installation einer Solaranlage auf dem Bademaxx blockiert. In diesem ersten Jahr des Betriebes hätte bereits eine große Menge Öl und Gas eingespart werden können. Die BGS erinnert auch an die Schulen, die noch ein großes Energiesparpotenzial bieten.

Herr Dr. Winterle stellt für die SPD fest, es käme nicht oft vor, dass von der CDU solche Initiativen kommen. Allerdings sind alle Positionen aus der Vorlage schon bekannte Dinge. Das Thema Fernwärmekopplung wird derzeit bereits im Aufsichtsrat SWS beraten. Es ist dabei sehr wichtig, mit wem man sich über viele Jahre vertraglich durch einen Fernwärmevertrag bindet. Er hofft, dass sich die CDU von der Position verabschiedet hat, Anteile der Stadtwerke zu verkaufen.

Er erinnert an die Diskussion um den Ausbau der Kläranlage und die mögliche Anbindung an die BASF. Hier hatte Speyer mit einer eigenen Lösung auf das richtige Pferd gesetzt. Die Einlassung zur Windkraftenergie lässt auf ein Umdenken bei der CDU hoffen. Auch in Sachen Biomasse sind die Stadtwerke bereits stark engagiert.

Allerdings ist der Ansatz, an dem Punkt "Vertiefung" auf einen Externen zu setzen, für ihn nicht unbedingt nachvollziehbar. Er fragt, warum nicht einen lokalen Arbeitskreis gegründet wird, evtl. mit Unterstützung einer externen Beraterfirma.

Laut Herrn Rieser soll eine Leitlinie politisches Gewicht erhalten und muss mit Leben gefüllt werden. Er möchte nicht, dass dies ausschließlich einer externen Firma überlassen wird. Eine Leitlinie hat langfristigen Charakter, während der Einkauf externen Sachverständigen eher kurzfristig angelegt ist. Daher wünscht er sich, das Knowhow im eigenen Hause zu entwickeln.

Herr Preuß sieht eine Möglichkeit in dem Papier, auf dieser Basis ein Konzept zu entwickeln, in dem noch viel Platz für andere Ideen ist. Wenn die Grünen einige Punkte nicht mittragen können, ist dies ein Thema für Diskussionen. Einen Zusammenhang mit dem Flugplatz herzustellen, ist für ihn allerdings hanebüchen.

Aus der Sicht von Herrn Dr. Jung neiden es anscheinend Einige, dass die CDU ein solches Konzept auf den Weg bringen will. Man kann natürlich mit der Lupe suchen, ob man Punkte der Kritik findet, um einen Vorschlag zu zerreden.

Herr Dr. Winterle erklärt, die Kritik war so sicherlich nicht gedacht. Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden kann. Deshalb sollte man schnellstmöglich den eigenen Sachverstand sammeln und durch externes Wissen ergänzen.

Herr Röbosch stellt für die Fraktion Die Republikaner klar, Speyer habe mit der Solaranlage auf dem Müllberg bereits bewiesen, Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu sein. Er unterstützt den Antrag.

Frau Boiselle-Vogler stellt die Zusatzfrage, ob der Verwaltung bekannt ist, dass in Speyer nach Öl gebohrt wird und dass man fündig wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion einstimmig zu und beauftragt Verwaltung und Stadtwerke Speyer GmbH mit der Umsetzung.

Gegenstand: Erhöhung der Stundenanzahl der Sozialarbeiter/innen an der Kolbhauptschule und der Burgfeldhauptschule, Anstellung eines/einer Schulsozialarbeiters/in an der Kolbrealschule; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2008 (Stadtrat 10.06.2008) Vorlage: 0535/2008/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist auf die Beratung in der Juni-Sitzung des Stadtrates. Da das Land keine weitergehende finanzielle Unterstützung zusagt, wurde der Punkt zur nochmaligen Behandlung auf die Tagesordnung gesetzt.

Die SPD-Fraktion ist laut Herrn Dr. Wintterle nach wie vor der Ansicht, dass diese zusätzliche Schulsozialarbeit gebraucht wird. Er sieht Finanzierungsmöglichkeiten z.B. bei Grundstücksgeschäften oder im unmittelbaren Umfeld des Oberbürgermeisters (z.B. Städtepartnerschaften).

Herr Preuß sieht das Vorhaben für die SWG-Fraktion als derzeit nicht finanzierbar. Es sollte daher im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen geprüft werden.

Die BGS-Fraktion steht nach Herrn C. Ableiter für Bildung und Entwicklung. Das deutsche Schulsystem "Selektion statt Förderung" ist das schlechteste in Europa. Deshalb sieht die BGS in der Schulsozialarbeit eine Investition in die Zukunft, die sicherlich finanzierbar ist, wenn man Geld für eine Zupflasterung des St.-Guido-Stifts-Platzes oder Funktionärsreisen nach China hat.

Der Vorsitzende und Herr Dr. Wintterle legen Wert darauf, dass die China-Reise im Rat abgestimmt war und von den teilnehmenden Ratsmitgliedern sowie der Presse selbst bezahlt wurde.

Herr Rieser äußert die Hoffnung, dass man es vielleicht ja doch schafft, die vielleicht 35-40 Tausend € aus dem Haushalt herauszukratzen.

Frau Pitsch versteht die Haltung des Landes nicht, solche Projekte nicht mit zu finanzieren, denn jeder Schüler, der einen Abschluss schafft, spart nicht nur der Stadt sondern auch dem Land Geld. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist damit einverstanden, diesen Punkt auf die Haushaltsberatungen 2009 zu vertagen. Auch sie sieht aus dem Haushalt 2008 durchaus Möglichkeiten, die Mittel aus anderer Quelle umzuschichten.

Herr Dr. Jung erinnert an das Verfahren von beschlossenen Haushalten und Stellenplänen. Auch er begrüßt für die CDU-Fraktion eine Beratung des Punktes bei den Haushaltsberatungen 2009.

Herr Dr. Wintterle sieht im Rat derzeit keine Mehrheit, die Stellen so schnell wie möglich zu schaffen. Allerdings erkennt er die Bereitschaft, darüber bei den Haushaltsberatungen zu verhandeln. Er will die heutigen Redner dann beim Wort nehmen.

Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest, dass der Rat dem Thema eine hohe Priorität zumisst. Die Verwaltung wird dies in die Planungen 2009 aufnehmen.

Beschluss:

Der Stadtrat stellt einstimmig die beantragte Erhöhung der wöchentlichen Stundenansätze für die Schulsozialarbeit und die Schaffung einer neuen Stelle an der Realschule im Kolb-Zentrum bis zu den Haushaltsberatungen 2009 zurück. Die Verwaltung wird entsprechende Ansätze in den Haushaltsentwurf 2009 einbringen.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Erneuerung des Freundschaftsvertrages mit der Stadt Worms
Vorlage: 0588/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig den von der Verwaltung vorgelegten Vertragsentwurf.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung
Vorlage: 0554/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Schulträgerausschusses einstimmig die von der Verwaltung vorgelegte Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung.

Die Übernahme der Schülerbeförderungskosten für das 3. und jedes weitere Kind einer Familie wird auch dann gewährt, wenn diese Kinder die Klassenstufen 5 bis 13 einer weiterführenden Schule in Speyer besuchen.

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Flugplatz Speyer
Grundstücksverwaltung GmbH (FSG) und Ergebnisverwendung
Vorlage: 0569/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Batzer möchte in diesem Zusammenhang auf ein Phänomen hinweisen, dass von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits vorher gesagt wurde. Die Klein- und Sportflieger werden ganz offensichtlich gegängelt, um Platz für die Großen freizumachen, obwohl diese noch lange nicht da sein.

Die SPD-Fraktion steht laut Dr. Wintterle gegen den Flugplatz. Er stellt sich ernsthaft die Frage, ob so ein kleiner Flugplatz eine so kostenintensive Personalstruktur braucht.

Herr Dr. Jung weist darauf hin, dass genau der Flugplatz, der von der SPD jetzt so bekämpft wird, vom damaligen SPD-Oberbürgermeister mit der Mehrheit der SPD-Fraktion gekauft wurde. Man solle doch bei der Wahrheit bleiben.

Herr C. Ableiter nennt den Kauf des Flugplatzes zum Erhalt der Vereinigten Flugzeugwerke Speyer als Subvention damals richtig. Diese Funktion ist inzwischen jedoch entfallen. Deshalb lehnt die BGS-Fraktion die Vorlage ab.

Laut Herrn Rieser geht es heute lediglich um das Zahlenwerk der FSG und nicht um den Ausbau des Flugplatzes. Dem Zahlenwerk stimmt die ödp zu, da es richtig ist, wendet sich aber nach wie vor vehement gegen einen Ausbau der Landebahn.

Herr Dr. Wintterle erklärt, für die SPD bleibt nur die Möglichkeit, sich auf diesem Weg gegen den Flugplatz zu positionieren.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss der FSG GmbH und die Ergebnisverwendung 2007 bei 15 Gegenstimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BGS-Fraktion) mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Speyer mbH (WES) und Ergebnisverwendung
Vorlage: 0537/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt einstimmig den Jahresabschluss 2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer und die Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresergebnisses 2007 zustimmend zur Kenntnis.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Anträge auf Umbesetzung von Ausschüssen liegen nicht vor.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0584/2008**

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgern liegen nicht vor.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.08.2008



27. Sitzung des Stadtrates 14.08.2008 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!